

Interview mit mit Clara Kramer und Clara Duvigenau vom Klimacamp Berlin Interview Hans-Dieter Hey, 15.09.2021

Deutschland steht bei diesen Wahlen vor einer Wende. Wer wird den Anforderungen am meisten gerecht oder ist noch mehr Druck von unten notwendig, zum Beispiel von FFF oder mit Klimacamps?

Keine der großen Parteien erfüllt die Anforderungen, die es braucht, damit Deutschland seinen Völkerrechtlichen Verpflichtungen im Zuge des Pariser Abkommens erfüllt. Keines der Wahlprogramme zeigt einen sicheren Weg auf, wie Deutschland bis 2035 Klimaneutral werden kann. Die kommende Legislaturperiode ist die letzte, in der noch Maßnahmen für mehr Klimaschutz und gegen die Klimakatastrophe ergriffen werden können. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass es den Druck von der Straße braucht, damit die wirklich relevanten Themen auf der politischen Agenda landen. Doch an der Umsetzung scheitert die aktuelle Politik nach wie vor. Daher ist es für uns klar, dass egal wer in der Regierung sein wird, der Druck von der Straße aufrechterhalten werden muss, damit der Wandel gelingen kann.

Wenn das Klimacamp Kanzler oder Kanzlerin stellen würde, was gäbe es dann für ein Sofortprogramm? Nach meiner Kenntnis ist der Peak von 1,5 Prozent bereits erreicht.

Wir als Klimagerechtigkeitsbewegung sind nicht die Menschen, die eine:n Kanzler:in unterstützen oder stellen würden. Uns geht es nicht darum wer im Kanzler:innenamt sitzt, sondern was er oder sie tut. Außerdem liegen die Lösungen bereits auf dem Tisch. Die Wissenschaft sagt uns was für Maßnahmen notwendig wären, um das 1,5 Grad Ziel noch einhalten zu können. Aktuell sind wir bei einer Erderwärmung von ca. 1,2 Grad angelangt und wir sehen auch hier in Deutschland welche verheerenden Folgen das hat. Ganz klar ist jedoch, dass wir in Deutschland so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen müssen, damit noch eine Chance haben. Darüber hinaus muss es endlich einen gerechten CO2 Preis geben, der die echten Kosten mit einpreist und den die Verursacher:innen zu tragen haben. Nur so kann eine sozialgerechte Transformation gelingen.

CDU/CSU und SPD wollen bis zum Jahr 2024 eine Verdoppelung der Militärausgaben, also von 37 Milliarden auf fast 70 Milliarden Euro. Geht das in Ordnung bei den bevorstehenden Problemen, die finanziert werden müssen?

Die Klimakrise ist eine der Hauptursachen für Hungersnöten, Flucht und Krieg. Deutschland ist in der Vergangenheit und auch gegenwärtig einer der Hauptantreiber der Klimakrise und muss somit Verantwortung für Menschen in Krisensituationen übernehmen. Die große Koalition betreibt keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, wenn man betrachtet wie viele Subventionen in die fossilen Energieträger wie Kohle, Gas und Öl fließen. Und selbstverständlich ist unser Steuergeld überall besser aufgehoben, als die Ausgaben fürs Militär zu erhöhen. Viel mehr sollte das Geld in unser Bildungssystem fließen, damit die Menschen dort auf die zukünftigen Herausforderungen im Zuge der Klima- und Biodiversitätskrise vorbereitet werden.

Bleiben wir beim Militär. Es fällt auf, dass die enorm hohen CO2-Emissionen des Militärbereichs als Bedrohungsfaktor im Pariser Abkommen keine große Rolle spielen und in der Öffentlichkeit kaum debattiert werden. Wie wird das im Klimacamp gesehen?

Überhaupt wird zu wenig besprochen wie umfassend die Klimakrise ist und wie viele Lebensbereiche und Politikfelder von ihr betroffen sind. Nicht nur Im Verkehr oder im Energiesektor muss mehr passieren. Auch die Soziale Frage muss im Zusammenhang mit der Klimakrise betrachtet und gelöst werden. Deswegen ist Fridays for Future nicht einfach nur eine Klimaschutzbewegung, sondern eine Klimagerechtigkeitsbewegung. Das heißt zum einen, dass wir als einer der größten Co2-Emittenten verantwortlich für die Zustände in den MAPA-Regionen (Most affected people and areas) sind und dementsprechend alles dafür tun müssen, um die Klimakrise zu stoppen. Zum anderen ist es so, dass wir als „globaler Norden“ unsere Kolonialgeschichte, die bis heute andauert, endlich als das betrachten müssen was sie ist, nämlich ein Raubbau an andere Gesellschaft.

FDP und CDU setzen beim Klimawandel auf technischen Fortschritt. In diesem Zusammenhang werden Resilienz, Geoengineering, saubere Kohle, Brückentechnologien oder Übergangslösungen für Brennstoffriesen genannt. Sind das Rezepte für die Zukunft?

Nein, FDP und Union setzten auf künftige Technologien, bei denen nicht klar ist, wann sie kommen und wie sie sich auswirken werden. Wir sind aber jetzt in der Klimakrise und haben die notwendigen Mittel und Technologien, wie Solar- und Windenergie, an der Hand, um die Energiewende hin zu erneuerbaren zu wuppen. Solche unausgereiften Technologien sind reine Ausreden und Verzögerungstaktiken, um notwendige Maßnahmen nicht umsetzen zu müssen.

FDP, CDU und Grüne setzen grundsätzlich auf Wachstum. Aber das hat uns mitunter die Probleme bereitet. Gibt es Alternativen zu einer Wirtschaftsform, die darauf aufbaut oder müssen wir nicht eher eine neue materielle Bescheidenheit mit weniger Wachstum pflegen?

Wir müssen vor allem dazu kommen, dass wir die Begriffe „Wachstum“ und „Wohlstand“ neu definieren. Wir dürfen nicht mehr allein auf das BIP-Wachstum als Indikator schauen, um zu beurteilen, ob es der Wirtschaft und der Gesellschaft gut geht. Es gibt zu viele Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, die sich täglich in den Stau stellen müssen, um zu Arbeit zu kommen oder ihre Wohnung verlieren, weil die Kosten der Sanierung auf die Miete abgewälzt werden. Zudem sind wir immer noch in der Situation, dass Wirtschaftswachstum mit der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen einhergeht. Dass muss sich ändern, wir müssen zu einer Kreislaufwirtschaft mit gerechten Arbeitsbedingen kommen. Das hat nichts mit Verzicht zu tun, sondern öffnet uns Chancen für eine gerechtere Gesellschaft und mehr Lebensqualität.

Eine der wichtigsten Rollen spielt die Landwirtschaft, insbesondere Gülle-Ausbringung, Zerstörung der wichtigen Moore oder Ackergifte. Eine Agrarwende wurde bisher in konzertierter Verantwortungslosigkeit veweigert. Was ist dringend zu tun?

Vor allem müssen Bäuer:innen von ihrer Arbeit leben können. Die großen Lebensmittelhändler wollen immer günstiger Lebensmittel anbieten und setzt Landwirt:innen unter Druck. Wir müssen dazu kommen, dass Preisdumping nicht stattfinden kann. Ein Weg ist bspw. europaweite verbindliche Tier und Umweltschutzstandards. Hier muss die Politik sofort handeln. Sie darf sich nicht von Nestle und co. einspannen lassen, wie das unsere aktuelle Landwirtschaftsministerin Frau Klöckner tut, sondern muss Landwirt:innen tatkräftig bei der sozial-ökologischen Agrarwende unterstützen. Ein weiter Punkt sind die Moore. Sie bieten eines der größten Potenziale, die wir haben, um als Senken Co2 zu speichern. Daher

braucht es auch hier von einer neuen Regierung umgehend ein Sofortprogramm, damit die uns zur Verfügung stehenden Moore wieder vernässt werden und zum Einsatz kommen.

CDU/CSU haben bisher eine Verbesserung des Hochwasserschutzes verweigert. Kürzlich wurden für den nächsten Haushalt auch die Ausgaben für den Zivilschutz gekürzt.

Katastrophen wie das letzte Hochwasser werden sich weiter häufen. Jedes Jahr sterben Menschen wegen den Hitzesommern in Deutschland. Der Zivil- und Katastrophenschutz wird in Zukunft immer stärker gebraucht werden, er muss daher ausgebaut und personell gestärkt werden. Dabei ist auch zu beachten, dass Menschen, die kein Deutsch sprechen oder eine Behinderung haben, ebenso gut geschützt werden müssen. Das was die aktuelle Regierung hier macht, ist Beihilfe zu solchen Katastrophen. Ohne eine wirkliche Strategie, um mit Klimawandelfolgen, wie diesen, umgehen zu können, überlässt man diese Menschen ihrem eigenen Schicksal.

Es sieht so aus, das - je nach Konstellation nach der Bundestagswahl, die Lasten des Wandels vor allem durch kleine und mittlere Haushalte getragen werden müssen. Ist das tolerierbar?

Nein, weltweit sind nur 100 Konzerne für über 70% Treibhausgasemissionen verantwortlich. Und auch in Deutschland tragen vor allem große Unternehmen mehr zur Klimazerstörung bei als Haushalte mit keinen und mittleren Einkommen. Genau deswegen müssen wir bei den Kosten, die mit einer dem Pariser Abkommen konformen Politik einhergehen, zum Verursacherprinzip gelangen. Die Unternehmen, die am meisten zu den Schäden an der Gesellschaft und den Planeten beitragen, müssen auch die Kosten dafür zahlen. Politik ist dafür verantwortlich, dass dies auch geschieht. Wenn man sich die Programme der Parteien genau anschaut, dann gibt es auch hier deutliche Unterschiede mit Hinblick darauf welche Bevölkerungsgruppen durch den Wandel stärker belastet werden. Klar ist auf jeden Fall, dass der Wandel sozial-gerecht geschehen muss. Unsere Gesellschaft ist dazu in der Lage, nur müssen dazu auch Umverteilungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Eine ganze Reihe von Unternehmen hat die Notwendigkeit der Umstellung gesehen und packt die Probleme an. Andere schaffen es aus eigener Kraft nicht. Haben wir dafür Lösungen?

Die Politik hat in den letzten Jahrzehnten viel dafür getan, damit Unternehmen aus der Fossilien Wirtschaft weiter marktfähig bleiben. Subventionen in Milliardenhöhe sind in Kohle und Gas geflossen, anstatt dafür zu sorgen das Unternehmen auf zukunftssichere Technologien umsteigen können. Durch Lobbyismus von großen Konzernen wurde die Energiewende verschleppt, weil sie mehr Zeit brauchten und nicht von fortschrittlichen Start-Ups aus dem Markt gedrängt werden wollten. Vor allem die Union, die in den letzten 16 Jahre regiert hat, ist hierfür verantwortlich. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen können von einem klimagerechten Umbau der Gesellschaft und den damit einhergehenden Aufträgen profitieren. Nun wäre es an einer neuen Regierung hierfür auch die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und diese Unternehmen bei der Transformation stärker zu unterstützen.

Viele Menschen sehen ängstlich die apokalyptischen Klimareiter auf uns zukommen. Kann man das so sehen, oder haben wir noch eine gute Chance, entgegen zu wirken?

Ja wir haben noch eine Chance der Klimakrise entgegenzuwirken und die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Doch wird unser Spielraum immer kleiner und keine der großen Parteien hat einen Plan wie wir rechtzeitig auf den 1,5 Grad Pfad kommen. Umso wichtiger ist es, dass wir den Druck von der Straße weiter erhöhen, damit die nächste Legislaturperiode im Zeichen von Klimagerechtigkeit steht. Daher



R-mediabase

Forum für mediale Gegenöffentlichkeit e.V.

Verband für kritischen Bildjournalismus

rufen wir unter dem #AlleFürsKlima am 24.09. zum nächsten globalen Klimastreik auf. Hierfür brauchen wir euch alle da draußen, um deutlich zu machen, dass es ein „Weiter so“ nicht geben darf. Wir werden weiter protestieren und bleiben bis gehandelt wird!

Vielen Dank für das Interview und alles Gute